

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 98 (2007)

Heft: 8

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Alpengletscher gehen seit 2000 jährlich um einen Meter zurück.

Gletscher in Gefahr

(thü) Die Gletscher in den Bergen gehen heute drei Mal schneller zurück als in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts, so eine Studie des World Glacier Monitoring Service (WGMS), Zürich. Gemäss der Studie haben sie 2005 durchschnittlich rund 66 cm an Dichte verloren, 1,6 Mal mehr als im jährlichen Durchschnitt der 90er-Jahre und zwei Mal mehr als in den 80ern. Die Berggletscher haben 1850 ihre maximale Ausdehnung erreicht, seit damals 50% ihrer Masse verloren und heute die geringste Masse seit 10 000 Jahren. Seit 1850 sind die Temperaturen weltweit um rund 0,8 Grad gestiegen. Der vierte Uno-Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sagt einen weiteren Anstieg der Temperaturen um 4,5 Grad oder mehr bis zum Jahr 2100 voraus. Das führt dazu, dass die Alpen bis dahin weitere 80% ihrer Gletscher verlieren.

Der deutsche Staat kassiert beim Strom kräftig mit

(vdew) «Die Stromrechnungen der Bundesbürger werden immer stärker mit Steuern und Abgaben belastet», kritisierte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin. Der Staatsan-

teil an allen Stromrechnungen steigt 2007 – ohne die Mehrwertsteuer – auf rund 13 Mrd. Euro. Die Belastung ist damit sechs Mal so hoch wie 1998 zu Beginn des Wettbewerbs im Strommarkt, ermittelte der Branchenverband. Die Stromkunden zahlten damals etwa 2,3 Mrd. Euro Steuern und Abgaben.

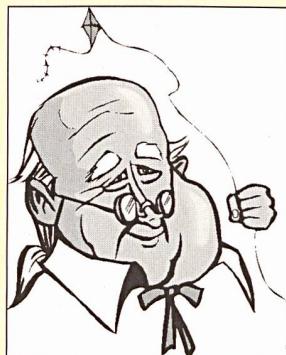
Allein die 1999 eingeführte Stromsteuer wird dem Staat 2007 etwa sieben Mrd. Euro einbringen, berichtete der VDEW. Auf gut drei Mrd. Euro schätzt der Branchenverband die Mehrkosten zur Förderung von Ökostrom nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Im Vergleich zu 1998 ist das eine Steigerung auf das Zwölffache: Damals betrugen die Mehrkosten 0,28 Mrd. Euro.

2,5 Mrd. Euro für erneuerbare Energien und Energiesparen

(eu kommission) Bis zum Jahr 2013 fördert die Europäische Kommission erneuerbare Energien und das Energiesparen mit 2,5 Milliarden Euro aus ihren Regionalfonds. Damit stehe in der laufenden Finanzperiode gut drei Mal so viel Geld für diese Zwecke zur Verfügung wie im Zeitraum 2000 bis 2006, erklärten Fachleute am 2. April in Brüssel.

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten hatten bei ihrem ersten Gipfeltreffen

Der Blitzableiter



Klima-Aktionismus

Das Wettrennen um die Weltrettung ist eröffnet: Ex-US-Präsidentenkandidat Al Gore, kürzlich in Hollywood ausgezeichnet mit zwei «Öko-Oscars», läuft zuvorderst. Seine Chancen sind allerdings gesunken, seit bekannt wurde, dass er in seinem Haus über zwanzig Mal mehr Strom verbraucht als ein Durchschnittsamerikaner. Um das auszugleichen, kauft Al sogenannte Emissionszertifikate, Anteile an Projekten, die den Kohlendioxidausstoß reduzieren sollen. Praktischerweise gehört ihm die Firma, die diese Ablassbriefe verkauft. So schön kann Re-

cycling sein. Zwischen tadellosen Presseerklärungen und persönlichem Verhalten klafft bei vielen Politikern eine peinliche Lücke. Während der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel in der Bahn sitzt, fährt der Chauffeur mit dem Dienstwagen hinterher. Andere «Klimarett» pendeln als Europaabgeordnete seit Jahren munter zwischen Brüssel und Strassburg. Und auch hierzulande gibt es grüne Politiker, die schon mal ihren offenen Swimmingpool im Winter auf sommerliche Temperaturen aufheizen. Aberwitzig wird es, wenn im Dienste der Klimaretzung die Tropenwälder abgeholt werden, so zum Beispiel in Brasilien für Zuckerrohrplantagen zur Herstellung von Bio-Ethanol. In Malaysia und Indonesien brennen Plantagenfirmen den Dschungel ab, um Ölpalmen anzupflanzen. Palmöl wird neuerdings nicht nur in Margarine, Kosmetik und Waschmitteln eingesetzt, sondern auch als Treibstoff. In Mexiko revoltieren derweilen die «Campesinos» gegen die Verdoppelung der Maispreise für ihre Tortillas, weil die Ernten zusehends als Biotreibstoffe in den Autotanks landen. B. Frankl

unter der Leitung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel im März weitere Anstrengungen beim Energiesparen beschlossen. Zudem wol-

len sie den Ausbau erneuerbarer Energiequellen wie Wind- und Wasserkraft oder Sonnenwärme bis zum Jahr 2020 auf 20% des Verbrauchs steigern. Insgesamt



Die Förderung von Ökostrom verursacht Mehrkosten für die Verbraucher (Bild: kl).

vergibt die EU bis zum Jahr 2013 für die entsprechenden Politikfelder 347,4 Milliarden Euro. Der grösste Betrag geht an Polen mit gut 67 Milliarden Euro. Es folgen Italien mit knapp 29 Milliarden Euro, Tschechien mit 26,7 Milliarden und Deutschland mit 26,3 Milliarden Euro.

Klimawandel und Weltfriede

(uno) Der UNO-Sicherheitsrat thematisierte am 17. April auf Anstoss Grossbritanniens hin erstmals den Zusammenhang zwischen Energie, Sicherheit und Klima. Klimawandel und Umweltkatastrophen würden zu Hungersnot und Wassermangel führen und könnten daher Menschen zur Migration zwingen. Zudem seien mögliche Energiequellen und Rohstoffe oft Ursache von Konflikten um nationale Grenzen.

4000 MW pour l'éolien au Québec?

Le potentiel éolien du Québec est considérable compte tenu de l'immensité du territoire. Toutefois, une étude, rendue publique en juin 2005, évaluait le potentiel intégrable au réseau électrique d'Hydro-Québec à 3600 MW, en tenant compte des technologies actuelles et des contraintes liées au transport de l'énergie sur de longues distances. Avec les mêmes technologies, ce potentiel atteindrait 4000 MW en 2015. Par ailleurs, l'étude souligne que la capacité d'intégration de l'éolien au réseau augmentera en fonction des nouveaux développements hydroélectriques. C'est ce potentiel que le Québec doit mettre en valeur.

Windenergie weltweit im Aufwind

(gwec/a) Wie der Global Wind Energy Council (GWEC) nach Auswertung von Daten aus 70 Ländern ermittelte, wuchs die weltweit installierte



Der grösste Offshore-Windpark der Welt, Horns Rev (160 MW), liegt in der Nordsee, 14 bis 20 km vor der Küste Dänemarks.

Windenergielistung im vergangenen Jahr um 26% auf 74 223 MW. Errichtet wurden rund um den Globus insgesamt 15 197 MW, das entspricht einem Marktwachstum von 32%. Bereits im Jahr 2005 waren 41% mehr Leistung ans Netz gegangen als 2004. Der GWEC schätzt das weltweite Investitionsvolumen des vergangenen Jahres auf rund 18 Mrd. Euro.

Besonders schnell wachsen die Märkte in Indien (+1840 MW) und China (+1347 MW), aber auch in Frankreich, Kanada, Portugal und Grossbritannien steigt die installierte Leistung zügig an. Einen starken Zuwachs, wenn auch auf niedrigem Niveau, registrierte der GWEC in Brasilien und Mexiko. Das Gegenteil ist in Dänemark der Fall: Dort ist der Zuwachs am geringsten, der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung aber bereits am höchsten.

Auch in Europa war 2006 ein Rekordjahr. Nach einer neuen Statistik der European Wind Energy Association (EWEA) wurden 2006 in der Europäischen Union neue Anlagen mit 7588 MW Leistung im Werte von rund 9 Mrd. Euro errichtet. Dies sind 23% mehr als im Jahr 2005. Insgesamt habe 2006 die in der Europäischen Union installierte Windenergie-Kapazität bei rund 48 000 MW gelegen, was einem Zuwachs von 19% entspreche. Deutschland

und Spanien hätten im europäischen Vergleich die meisten Investitionen angezogen. Die beiden Länder repräsentierten im vergangenen Jahr etwa die Hälfte des gesamten EU-Markts. Im siebten Jahr in Folge liegt Windenergie nach Erdgas an zweiter Stelle in Bezug auf Neuinstallation von Stromerzeugungskapazitäten (8500 MW im Jahr 2006).

Zunehmender Maisanbau für Ethanolherstellung

(apc/nytimes) Die zunehmende Bedeutung von Biokraftstoffen sorgt in den USA für einen Boom im Maisanbau. Das US-Landwirtschaftsministerium in Washington erwartet, dass der Anteil der Maisanbaufläche an der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche 2007 um gut fünfzehn Prozent auf 36,6 Millionen Hektar wachsen werde. Demgegen-

Rasanter CO₂-Anstieg:
Kohlekraftwerk
in China



über nehmen der Anteil von Soja um elf Prozent, derjenige von Baumwolle um zwanzig Prozent ab. Die Weizenanbaufläche soll um fünf Prozent wachsen.

Weil in den USA nur Mais zur Herstellung des Biokraftstoffs Ethanol verwendet wird, war sein Preis auf Rekordniveau gestiegen. Dies führte unter anderem dazu, dass auch Preise für Tortillas oder Tierernährungsmittel stiegen. In Mexiko lösten die hohen Preise Proteste bei der armen Bevölkerung aus. Verschiedene Firmen sind nun daran, Ethanol auch aus anderen Materialien wie Rohrzuckerabfällen zu gewinnen. So betreibt z.B. die Firma Iogen eine entsprechende Versuchsanlage in Ottawa.

CO₂: China überholt die USA

(iwr) Das anhaltend hohe Wirtschaftswachstum in Ländern wie China und Indien wird nach Einschätzung des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR) in Münster (D) den weltweiten Ausstoss an Treibhausgasen auch im Jahr 2006 weiter nach oben treiben. Von 2001 bis 2005 ist der globale Ausstoss nach den vorläufigen Angaben des deutschen Bundeswirtschaftsministeriums von 24,9 Mrd. auf 29,2 Mrd. Tonnen CO₂ pro Jahr gestiegen. Während danach in den USA die CO₂-Emissionen von 6,3 Mrd. (Jahr: 2001) auf 6,5 Mrd. Tonnen (Jahr: 2005) kletterten, ist in China eine Steigerung von 2,8 Mrd. (Jahr: 2001) auf 5,3 Mrd. Tonnen im Jahr 2005 und

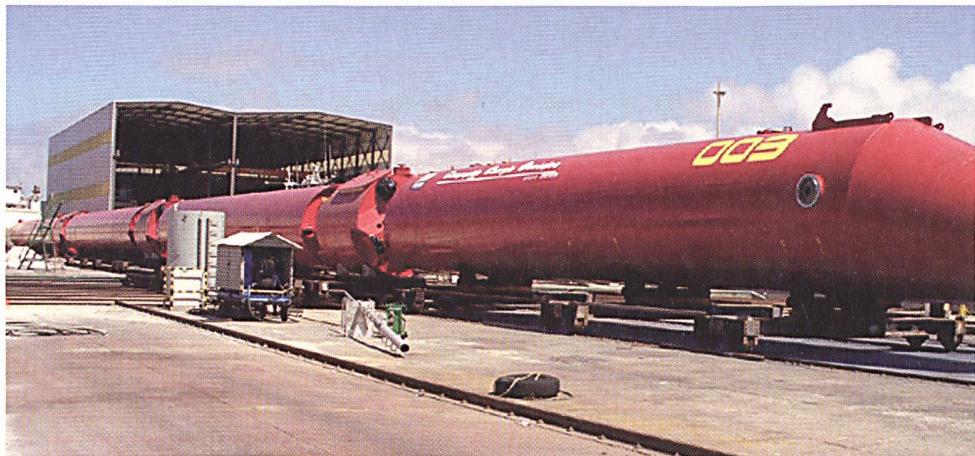
damit um rund 90 Prozent zu verzeichnen. In China ist damit der Ausstoss des klimaschädlichen Kohlendioxids seit 2001 im Durchschnitt um etwa 500 Mio. Tonnen pro Jahr gestiegen, d. h., jedes Jahr erreichen die zusätzlichen chinesischen Emissionen die Grössenordnung eines Industrielandes wie Italien. Wenn dieser Trend unbremst anhält, dann hat China die USA in dieser Disziplin im Jahr 2008 überholt. Im Jahr 2006 könnte der weltweite CO₂-Ausstoss erstmals die Marke von 30 Milliarden Tonnen erreichen, so das IWR.

Geothermie-Vereinigung schlägt weitere Tiefenbohrungen vor

(svg) Die Schweizerische Vereinigung für Geothermie (SVG) schlägt fünf bis zehn Tiefenbohrungen an ausgewählten Standorten zur Erforschung der Erdwärmennutzung vor. Damit soll das Verhalten des Untergrundes bei unterschiedlichen geologischen Verhältnissen gründlich untersucht werden, um die Grundlagen für die Stromproduktion zu schaffen. Die Erdstösse nach den Tiefenbohrungen in Basel in den letzten Monaten haben die Geothermie ins Scheinwerflicht der Öffentlichkeit gerückt und die Risiken der Technik gezeigt. Um diese zu beherrschen, sei noch Entwicklungsarbeit notwendig, so die SVG. Laut der SVG bietet die Erdwärme beste Chancen, Strom zu erzeugen, ohne das Klima und die Umwelt zu belasten. Erdwärme sei CO₂-frei, erneuerbar, stets verfügbar und hinterlasse keine Abfälle.

Grünes Licht für weltweit grösstes Wellenkraftwerk

(pteD) Die schottische Regierung hat grünes Licht für die Förderung des weltweit grössten Wellenkraftwerks gegeben. Bereits ab 2008 soll die Anlage



Montage der röhrenförmigen Pelamis-Segmente auf der Werft.

vor den Orkney-Inseln genug Energie produzieren, um etwa 2000 Haushalte mit Strom zu versorgen (kombinierte Leistung 3 MW). Insgesamt stellt die schottische Regierung 19 Mio. Euro zur Verfügung. Mit den Mitteln soll auch die Forschung an anderen Meeresenergieanlagen unterstützt werden. Langfristig wollen Politik und Industrie Schottland als führende Nation der marinen Energieproduktion positionieren.

Die geplante Anlage vor den Orkney-Inseln basiert auf der sogenannten Pelamis-Technologie, die von der schottischen Firma Ocean Power Delivery entwickelt wurde. Die bis zu acht Meter langen röhrenförmigen Segmente schwimmen auf der Meeressoberfläche und produzieren Strom, indem sie sich im Takt der Meereswellen auf und ab bewegen. Bereits seit 2004 wird die Pelamis-Technologie vor den Orkney-Inseln getestet, bei einem Projekt an der Nordküste Portugals konnte bereits ausreichend Energie produziert werden, um etwa 1500 Haushalte mit Strom zu beliefern.

Vernehmlassung Tiefenlager

(aves/bsh/ag/zh/d/au) In der Vernehmlassung zum Konzeptteil des Sachplans Geologisches Tiefenlager für radioaktive Abfälle könnten die Stellungnahmen kaum gegensätzlicher sein. Die Anhörung endete am 20. April.

AVES fordert zügigeres Vorgehen

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) fordert nun ein zügigeres Vorgehen und vor allem keine Einschränkung der Lagerkapazität. Das Sachplanverfahren solle sich nicht auf radioaktive Abfälle aus bestehenden Kernkraftwerken beschränken. Im schweizerischen Kernenergiegesetz sei die Option neuer Kernkraftwerke verankert. Zudem schreibe das Gesetz vor, dass in der Schweiz anfallende radioaktive Abfälle auch im Inland entsorgt werden müssten.

Kritik aus den Kantonen

Ganz anders sind die Verlautbarungen der Regierung vom Kanton Basel-Stadt. Sie hat ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Nutzung der Kernenergie und damit auch gegenüber geologischen Tiefenlagern bestätigt. Wie die Regierung am 17. April mitteilte, dürfe außerdem die Möglichkeit, dass kein geologisches Tiefenlager in der Schweiz gebaut werden könne, nicht zum Vornherein ausgeschlossen werden.

Der Stadtrat von Schaffhausen verlangt, dass sowohl für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle als auch für die hoch radioaktiven Abfälle je drei potenziell geeignete Standorte in die näheren Abklärungen einzbezogen werden sollen.

Dabei dürfe die Auswahl der Standorte nicht an die Ent-

sorgungspflichtigen oder die Nagra delegiert werden. Vielmehr müsse der Bund als verfahrensleitendes Gemeinwesen die Verantwortung für die Standortauswahl übernehmen.

Der Aargauer Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom Bund für die Suche nach einem Atommüllendlager erneut mehr Mitsprache und ein unabdingiges Expertengremium gefordert. Um in der Bevölkerung Rückhalt zu finden, seien «vertrauensbildende Massnahmen» nötig.

Der Zürcher Regierungsrat statuiert, dass das Auswahlverfahren für den Standort eines geologischen Tiefenlagers zur Entsorgung von Atommüll immer noch zu wenig transparent sei. Das Verfahren und die Kriterien für die Standortsuche seien nicht eindeutig und nachvollziehbar.

Stimmen aus den Nachbarländern

Die Diskussion geht auch über die Landesgrenze hinaus. Der «Bund Südlicher Oberrhein» hat die Schweiz aufgerufen, auf ein Endlager auf eigenem Boden zu verzichten: Ein solches bedrohe, weil hierzu lande grosse Flüsse entspringen würden, «die Menschen in Köln und Rotterdam stärker als die Menschen in Zürich».

Das Land Vorarlberg lehnt den Standort Benken im Kanton Zürich für ein unterirdisches Endlager weiterhin ab und bezeichnet den Ausstieg aus der Kernenergie als einzigen gangbaren Weg.

Kantone wollen Heizölverbrauch halbieren

(endk/suisse tec/hev) Die kantonalen Energiedirektoren wollen die Hauseigentümer zu energiesparendem Bauen verpflichten. Künftig soll der Heizölverbrauch in neuen Gebäuden gegenüber dem heutigen Stand halbiert werden. Heute betrage der Heizölverbrauch in Neubauten im Durchschnitt 9 Liter pro Quadratmeter Wohnfläche. Mit Gesetzesänderungen in den Kantonen will die Energiedirektorenkonferenz (EnDK) nun im Eilzugstempo quasi eine Halbierung erreichen – auf 4,8 Liter, wie sie am 25. März mitteilte. Bis im Frühling 2008 muss die Konferenz Kantonaler Energiefachstellen im Auftrag der EnDK eine Revision der kantonalen Mustervorschriften im Gebäudebereich ausarbeiten. 2008 und 2009 könnten dann die einzelnen Kantone ihre Gesetze anpassen.

Der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikerverband (suisse tec) unterstützt die Anstrengungen der Energiedirektorenkonferenz EnDK zur Reduktion des Heizölverbrauchs in der Schweiz.

Der HauseigentümERVERBAND bezeichnet diese Forderungen hingegen als unrealistisch. Sie seien eine Sanierungsbremse. Die Tatsache, dass die EnDK über Massnahmen im Mobilitätsbereich zu einem späteren Zeitpunkt befinden wolle, obwohl der Verkehr einer der Hauptverursacher des CO₂-Ausstosses darstelle, sei nicht nur enttäuschend, sondern für die Wohneigentümer nicht nachzuvollziehen.

Starkes Wachstum für erneuerbare Energien

(a) Der weltweite Markt für erneuerbare Energie ist in den nächsten 20 Jahren der am schnellsten wachsende Markt-

sektor bei Energie und wird sich von zurzeit 96 auf 198 Mrd. Dollar (über 240 Mrd. CHF) im Jahr 2015 verdoppeln, erwartet das in der Schweiz ansässige Technologieberatungsunternehmen Helmut Kaiser Consultancy.

Derzeit hätten Europa und Nordamerika bei erneuerbaren Energien noch die Führung in Sachen Technologie und Marktanteilen, aber Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien würden rasch aufholen.

25 Mio. Dollar für die effizientesten CO₂-Vernichter

(pte) Um dem drohenden Klimawandel entgegenzuwirken, hat der Unternehmer Richard Branson einen mit 25 Mio. Dollar dotierten Umweltpreis ausgeschrieben. Das Preisgeld soll an jene Forscher gehen, die grosse Mengen an CO₂ aus der Atmosphäre ent-

fernen. Der «Virgin Earth Challenge»-Preis ist weltweit ausgeschrieben, die Anmeldung erfolgt Online unter <http://www.virginearth.com>

Branson, Vorsitzender der Virgin Gruppe, will die globale Erwärmung damit auch zu einem globalen Thema machen. «Wer in der Lage ist, anhand wissenschaftlicher Beweise zu zeigen, dass grosse Mengen an CO₂ aus der Atmosphäre genommen werden können, soll den Preis erhalten», berichtet Branson. In fünf Jahren soll der Gewinner feststehen, denn so lange läuft die Ausschreibung.



Richard Branson schreibt einen Preis aus zur Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre.

Technology is our business

Heute schon weitergebildet?

Gönnen Sie sich 21 Ausgaben
des Bulletins SEV/VSE
für nur CHF 205.– pro Jahr

Jetzt abonnieren:
www.bulletin-sev-vse.ch

electrosuisse >>